

Bezugspreis:

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 M., monatlich 50 Pf. ...

Anzeigenpreis:

Anzeigenpreis: Die einseitige Spaltenbreite ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Dienstag, den 20. Juni 1922

Vorwärts-Verlag S.m.d.H., SW 68, Lindenstr. 3

Finanzreform in Oesterreich.

Steuererhöhungen — Beamtenabbau.

Wien, 20. Juni. (Z.N.) Der neue Finanzplan der Regierung ist fertiggestellt. Als Garantie für die von der Notenbank auszugehenden Goldobligationen wird eine Generalthypothek auf alle Liegenschaften in Vorschlag gebracht.

Die Londoner Vereinbarungen.

London, 20. Juni. (W.B.) Das Reutersche Bureau verbreitet folgenden ergänzenden Bericht zu der amlichen Mitteilung über die Konferenz zwischen Lloyd George und Poincaré: Die britische Ansicht war, daß gegenwärtig der Augenblick schlecht gewählt wäre, sich zu bemühen, den Betrag der Verbindlichkeit Deutschlands endgültig festzusetzen.

Hinsichtlich der Haager Konferenz kam man überein, daß die Aufgabe der Sachverständigen im Haag darin bestehe, in Verbindung mit den Russen praktische Mittel zur Lösung der Schwierigkeiten zu prüfen, die sich in Genua betreffen.

Hinsichtlich der Ostfrage wurde beschlossen, die Einsetzung einer Kommission zu beschleunigen, die die gemeldeten Deportationen von Griechen in Anatolien durch die Türken sowie die Klagen und Gegenklagen der Türken und der Griechen über Massenmorde im Kriegsgebiet untersuchen soll.

Die englische und französische Presse glaubt nicht, daß der Unterredung zwischen Lloyd George und Poincaré große Bedeutung beizumessen ist. So heißt es in der Westminster Gazette, Poincarés Besuch, der auf Poincarés eigene Veranlassung stattgefunden habe, habe mehr eine gesellschaftliche als eine politische Bedeutung.

Die demokratische „Cris Nouvelle“ schreibt: Tatsache ist, daß man von einer anderen Persönlichkeit als Poincaré das Gelingen eines Versuches hätte erwarten können, die französisch-britischen Beziehungen zu entspannen, aber unser hartköpfiger Rothringler bleibt bei der Prozedur der geschriebenen Noten. Er fürchtet die Verführung der Walliser Sirene, und wenn er sich zu Tafelgesprächen herbeiläßt, kann man sicher sein, daß er sich wohl hüten wird, etwas anderes zu sagen, als was er sich vor der Besprechung vorgenommen hat.

„Daily Chronicle“ vertritt sich auf die Juli-Konferenz, die von bestimmender Bedeutung sein werde.

Devisen rückgängig.

Die günstigere Beurteilung der innerpolitischen Lage, sowie die Nachrichten über die beginnenden Verhandlungen zwischen der Garantiekommmission und der deutschen Regierung und nicht zuletzt der Verlauf der Zusammenkunft von Lloyd George und Poincaré riefen hier eine festere Stimmung für die deutsche Mark hervor. Die Devisen waren rückgängig. Der Dollar wurde um die Mittagstunde mit 317 gehandelt.

Das nichtkommunistische Rußland.

Die „Zeit“ veröffentlicht eine Unterredung des Freiherrn v. Rheinbaben mit Tschitscherin, in dessen Verlauf sich der russische Außenminister dahin äußerte, daß zwischen der Sowjetregierung und der Dritten Internationale keine feineren Zusammenhänge bestehe. Wenn Lenin und Trotski Mitglieder der Dritten Internationale seien, so sei das nichts anderes, als wenn Banderweide, der ehemalige belgische Minister, Mitglied der Zweiten Internationale sei.

Die Darstellung stimmt mit den historischen Tatsachen wenig überein. Erst nach dem offensibaren Zusammenbruch des Kommunismus in Rußland zog man nach außenhin einen Trennungstrieb zwischen der Sowjetregierung und der Dritten Internationale. Daß diese Trennung innerlich nicht vollzogen ist, beweisen die Unterstüzungsgelder, die auch heute noch aus dem Regierungsfonds in die Kassen der Dritten Internationale fließen.

Sprachzwang im Saargebiet?

Saarbrücken, 20. Juni. (W.B.) Die saarländische Schulverwaltung hat angeordnet, daß die Eltern beim Fernbleiben ihrer Kinder vom fakultativen französischen Sprachunterricht zu bestrafen seien, obwohl seinerzeit ausdrücklich versichert worden war, daß die Meinungen jederseits von den Eltern zurückgenommen werden könnten.

Vom Gewerkschaftskongress.

Die ersten Vorträge der Opposition.

Leipzig, 20. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Den ersten Kongress beschloß eine Empfangsfeier für die Delegierten mit künstlerischem Programm. Der Richtungsstreit setzte sich am zweiten Tage bei der Debatte zum Geschäftsbericht fort. Für die französischen Gewerkschaften war Souhauz eingetroffen, dessen lebhafteste Betonung der Verständigung zwischen den französischen und deutschen Gewerkschaftsmittgliedern nach der Kriegsgegnerschaft die Verhandlungen feierlichst einleitete. Die Generaldebatte beginnt. Die Kommunisten kommen mit dem Schwaben Walcher zuerst zu Wort, was dem Sprecher jedoch nicht gefiel. Nach ihm gehört das Zentralorgan der SPD. auch zu den getreuen Schützknappen des ADGB.

Nach den Vorträgen der Opposition kommt die SPD-Richtung zu Wort, für die Breen (Fabrikarbeiter) eintrat und dem Bundesvorstand für seine Tätigkeit dankte. — Siehe auch 4. Seite.

Das Opfer der Landwirtschaft.

Von Georg Schmidt-Röpenick, M. d. R.

Wenn Regierung und Reichstag wiederum die Getreideumlage zur Durchführung bringen, dann wird der Landwirtschaft ein großes Opfer auferlegt! So schallt es aus dem agrarischen Blätterwald und aus den Reichsparteien.

Ich habe in diesen Tagen im „Vorwärts“ darauf hingewiesen, daß die landwirtschaftlichen Unternehmer nur dann bereit sind, Getreide zur Verfügung zu stellen, wenn ihnen dafür der Tagespreis bezahlt wird, weil sie weitere Opfer nicht mehr tragen wollen. Ich hatte auch darauf hingewiesen, daß nach Berechnungen der Landwirte selbst der vorjährige Preis für das Umlagegetreide mit 105 M. pro Zentner ausreichend war. Obwohl die „Deutsche Tageszeitung“ weiß, daß meine Berechnung auf der Grundlage von Angaben ihrer Kreise beruht, schreibt sie in demagogischer Weise; selbst wenn diese Ziffern richtig wären, würde diese Behauptung doch deshalb eine gräßliche Irreführung der Öffentlichkeit bedeuten, weil es in der Zeit steigender Geldentwertung nicht entscheidend ist, was für Kosten die vergangene Ernte verursacht hat, sondern welche Preise möglich sind, um die neue Ernte bestellen zu können.

Die Landwirte sprechen von einem Opfer, das sie allein tragen würden. Vor etwa zwei Jahren machten die führenden Männer unter den Landwirten den Vorschlag, den Kohlenpreis als Index bei der Berechnung des Getreidepreises zugrunde zu legen. Heute hört man nichts mehr davon, weil die Landwirte die absolut freie Wirtschaft wollen. Jetzt will man von dem Index des Kohlenpreises nichts mehr wissen, weil bekanntlich die Kohlenpreise auch auf dem Verhandlungswege zwischen Regierung und Interessenten im Reichskohlenrat festgesetzt werden.

Weltmarktpreise für Getreide, das ist das Ziel der operbringenden Landwirte. Die breite Masse des Volkes, und man darf annehmen auch die Industrie, würde ganz einverstanden sein, wenn die Festsetzung des Getreidepreises auf derselben Grundlage erfolgen würde, wie es heute beim Kohlenpreis der Fall ist. Zieht man vom Kohlenpreis die 40 Proz. Steuer ab, dann dürften annehmbare Getreidepreise erzielt werden, da die Produktionsbedingungen bei der Urproduktion in der Landwirtschaft über der Erde ziemlich gleichartig sind mit denen des wichtigen Produktionsmittels, der Kohle, unter der Erde. Außerdem muß den Landwirten auch ins Gedächtnis gerufen werden, daß der Stand der Hausbesitzer im allgemeinen viel größere Opfer zu tragen hat als die notleidenden Landwirte. Auch ist es heute noch vorteilhaft, Düngemittel zu kaufen, weil diese relativ billiger sind als in der Friedenszeit, wenn man die Papiermark beiseite schiebt und umrechnet, wieviel Zentner Kartoffeln oder Getreide der Landwirt bezahlen muß, um dieselbe Menge Dünger zu beschaffen wie in Friedenszeiten. Auch die Preise für den künstlichen Dünger werden unter dem Einfluß der Regierung festgesetzt, auch hier ist die freie Wirtschaft nicht eingeführt. Die größten Lasten ruhen aber auf der breiten Masse des Volkes, den Arbeitern, Angestellten, Beamten, Sozial- und Kleinrentnern usw., deren Einkommen selbst bei den bestbezahltesten Schichten, wenn man den Reallohn in Betracht zieht, bedeutend niedriger ist, als in der Friedenszeit es war. Dafür bedarf es keiner besonderen Beweise. Wenn diese zahlreichen Volksgenossen einen ähnlichen Vorn in der Deffenlichkeit machen wollten wie die Landbändler über die Opfer, die sie im Dienste der Allgemeinheit bringen müssen, dann würden alle Zeitungen nur von Opferklagen dieser Volksschichten erfüllt sein. Die Landbändler handeln freilich auch heute noch getreu dem Grundsatz, der bei der Gründung des Bundes der Landwirte proklamiert wurde: Wir müssen schreien, schreien und nochmals schreien, um uns bemerkbar zu machen.

Bei dieser Gelegenheit sei an das Verhalten der Vertreter der Landwirte während des Krieges und nach ihm erinnert. Als der Krieg ausbrach, wurde die Zollpolitik, die in der Vorkriegszeit üblich war, gelobt und dem Volke in den agrarischen Zeitungen volle Verforgung in Aussicht gestellt. Im Winter 1914/15 begann die öffentliche Bewirtschaftung des Brotgetreides. Diese Maßnahme der Regierung wurde von Führern der Landwirte lebhaft begrüßt. In den ersten beiden Kriegsjahren konnte man von Opfern der Landwirtschaft nicht sprechen, weil die landwirtschaftlichen Betriebe bei allen Maßnahmen entsprechend geschont wurden. Im letzten Kriegsjahre sprach aber Dr. Kosside im Preussischen Landtag schon ganz deutlich aus, daß bei aller patriotischen Pflichterfüllung sich die Produktion doch für den Einzelnen erfolgreich gestalten müsse. Das Umlageverfahren wurde zuerst auch von dem Reichslandbund, dem früheren Bund der Landwirte, vorgeschlagen. Sobald es eingeführt war, wurde es von denselben Kreisen bekämpft.

In der Nachkriegszeit, als sich die Landarbeiter zusammenschlossen im Deutschen Landarbeiterverband, billigten

die landwirtschaftlichen Unternehmer den Landarbeitern selbst Erhöhung des Deputatgetreides zu mit der durchsichtigen Absicht, die Landarbeiterschaft damit für den Ruf nach Aufhebung der Zwangswirtschaft zu gewinnen, was aber nicht gelang. Als die Zwangswirtschaft beim Getreide gelockert wurde und das Deputatgetreide freigegeben war, hieß es wieder anders. Nun sollten die Landarbeiter daran schuld sein, daß nicht genug Getreide abgeliefert wurde. Dann kam die Parole, den Kohlenpreis als Index für die Berechnung des Getreidepreises zugrunde zu legen. Als die Getreidepreise stärker anstiegen als der Kohlenpreis, wurde auch diese Forderung wieder fallen gelassen. Um die Umlage zu Fall zu bringen, dazu mußte auch die Propaganda des Hilfswerks dienen, denn nur dann sollte dieses Hilfswerk durchgeführt werden, wenn die absolut freie Wirtschaft durchgeführt ist. Von diesem Hilfswerk hört man jetzt überhaupt nichts mehr.

Jetzt drohen die Landwirte damit, daß sie alle Befehlsmaßnahmen bei der Getreideablieferung nicht befolgen würden. Man soll diese Drohungen nicht traggisch nehmen, sondern Regierung und Reichstag sollen nun handeln und Maßnahmen treffen, damit der Brotpreis noch einigermaßen erschwinglich bleibt. Hinter der Propaganda des Reichslandbundes steckt nicht viel. Noch im Februar 1914 bei einem Festessen des Deutschen Landwirtschaftsrats sagte der inzwischen verstorbenen Graf Schwerin-Löwitz in seiner Festrede u. a., daß die gesamte ländliche Bevölkerung nichts dringender verlange als den nun einmal unvermeidlich gewordenen Kampf gegen den inneren Feind, der mit der denkbar größten Entschiedenheit ausgenommen werden müsse. Am 9. November 1918 verspürte man davon nichts, sondern diejenigen, die heute im Reichslandbund das große Wort führen, haben sich schon am 11. November 1918 beim Rat der Volksbeauftragten freiwillig eingefunden und dort ihre Dienste zur Sicherung der Volksernährung angeboten. Die Erinnerung an diese Tatsache sei aufgefrischt, um zu zeigen, daß das Verhalten dieser Herren im hohen Grade abhängig ist von dem Grade der Energie, mit dem man ihnen begegnet. Reichstag und Regierung sollen sich also nicht schrecken lassen, sondern den Weg gehen, den das Interesse der breiten Volksmassen ihnen zu gehen gebietet.

Auf dem Feldherrnhügel.

Ein Reichswehrausflug auf den Fichtelberg.

Aus dem Erzgebirge wird uns geschrieben: Die militärischen Vorgesetzten des Herrn Gehler hielten es vor einigen Tagen für angezeigt, den Tschechen einmal eine Probe ihres militärischen Glanzes zu zeigen. In 15 Reichswehr-Autos kamen preussische, sächsische, bayerische und andere Generalführer in Paradeuniform auf den Fichtelberg, hart an der tschechoslowakischen Grenze. Fast alles Generale und andere hohe Offiziere, gefahren nicht von „gewöhnlichen“ Chauffeurs, sondern von Chargen, ganz wie bei einer Festparade. Die Herren kamen mit ihren Autos von Bad Elster, wo sie (zwecks strategischen Studiums oder weils dort auch sonst sehr angenehm ist?) auf mehrere Tage sich in den feinsten Hotels einquartiert hatten. Außer den besetzten Autos führten die hohen Herrschaften vier unbefetzte mit sich, um bei etwaigen Pannen für alle Eventualitäten gerüstet zu sein. Wie uns ein Chauffeur vorrechnete, kostete allein das Benzin für einen einzigen leeren Wagen von Bad Elster bis auf die Höhe des Fichtelberges über 1100 Mark — man kann sich da ungefähr ausrechnen, was da die gesamte Spritfabrik der Steuerzahler gekostet hat. Wie unser Gewährsmann zu beobachten Gelegenheit hatte, kamen die Herren an, genossen die herrliche Aussicht und setzten sich dann eiligst zum Dinner nieder, das mehrere Stunden dauerte, und ausserordentliche Genüsse aufwies. Das war ihr ganzer Dienst! Einer der Generale erzählte während einer Zwischengangspause einem fremden Chauffeur, daß man sich auf einer „Grenz-Inspektionsreise“ befände. Natürlich erregte die Kavalkade großes Aufsehen — nicht nur bei den gerade anwesenden deutschen Steuerzahlern, sondern erst recht bei den dort wohnenden Tschechen. Es war nur zu erklärlich, daß gar bald die wildsten Gerüchte umherschwirrten und diese durch das Auftreten der Offiziere weitere Nahrung fanden.

Die Sportzeitung.

Von Hans Bauer.

Gestern bin ich beim Durchblättern der Zeitungen in meinem Cafe auch auf eine Sportzeitung geraten: „Der Sporn“. Der tschechische Inhalt interessierte mich nicht, da ich von Pferden nichts verstehe und weder wohlhabend noch arm genug bin, den Loto in Anspruch nehmen zu können bzw. zu müssen. Trotzdem hob ich sie von ihrem Halter ab, um einmal nach den Aufregungen, die die politischen Wähler in mir ausgelöst hatten, meine Seele auf dem ruhigen See urbedingter Losgelöstheit von dem Widerspruch der politischen Meinungen spazieren zu fahren.

Alsdann: Brunwald und Paris waren heute an der Reihe. Darüber gab es Vorlesungen zu lesen. Angehängt an diese Vorlesungen waren Aufstellungen über die Reiter, Pferdenamen, Stallnamen, Gewichte. Schön. Natürlich. Ein Fachblatt mußte ausführlich über so etwas berichten. Und nun: Form der Pferde. Genaue Aufzeichnung über alle jeweils schon gelaufene Rennen. Dann eine Statistik. Eine Statistik über Voraussetzungen von 42 französischen und der eigenen Zeitung.

Unter Annahme, daß man vorgestern sämtliche vom „Echo de Paris“ getippten Pferde mit je 10 Mark gesetzt hätte, hätte man zum Beispiel 40 Mark und unter Annahme, daß man während der ganzen Saison immer die Favoriten dieses Blattes mit 10 Mark gesetzt hätte, 113 Mark verloren. Beim „L'Intransigeant“ lauten die entsprechenden Zahlen plus 5 plus 861, beim „Matin“ minus 32 und minus 332, beim „Sporn“ selber, den ich eben in der Hand hatte und der sich auch mit aufführte: minus 25 und minus 261.

Dieses Eingeständnis, das ich nur unter Verlust die Prophezeiung des „Sporn“ befolgt hätte, verblüffte mich immerhin. Das ist doch etwas, daß einer sagt: lies mich, beachte mich, vertraue mir. Und daß er gleichzeitig statistisch nachweist, daß man Schaden bei einem eventuellen Vertrauen hat. Dies zu bekennen erfordert Mut und Charakter.

Aber mehr noch: Er besaß eine Arbeitskraft, deren Größe ich weitesten Kreisen zur Beachtung empfehle. Bitte sehr: Eine genaue Statistik über die Erfolge von Voraussetzungen von 42 französischen Zeitungen will geführt sein! Eine Tabelle über die Rennen, die jedes einzelne der Hunderte von Rennpferden einmal gelaufen ist, will aufgestellt sein!

Die Leistungen der großen Tageszeitungen sind gewiß nicht ohne. Wir haben uns getraut, daß sie prompt aus Genua berichten und daß sie in Oberammergau dabei sind. Immerhin: dessen konnte sich Lord George und kann sich der reiternierte Heiland nicht rühmen, daß sie mit solcher Liebe, mit solchem Interesse beachtet werden wie der geringste Gaul am Start. Auch unsere gut informierenden Zeitungen lassen es sich nicht einfallen, die Meinungen von Duzenden französischer Zeitungen über Herrn Boisarcés Blinde regelmäßig wiederzugeben. Der Sporn aber führt bei jedem Erscheinen genaue Statistik der Auffassung von 42 französischen Blättern über die Pferde Raffet und Almadis und Mirabeau und zuletzt andere.

Wir fragen Herrn Minister Gehler, ob er von dieser kostspieligen Spritfabrik der 15 Automobile etwas weiß. Und fragen weiter, ob sich derartige „Inspektionsreisen“ in Gegenden, die bereits tausendmal inspiziert sind, nicht angesichts unserer Finanzlage von selbst verbieten? Und wir fragen endlich, ob die Veranstalter dieser prunkhaften Kavalkade auch ihre politischen Wirkungen bedacht haben?

Aus Weiskensels schreibt man uns: Sonntag fand in Weiskensels ein Sachsentag statt, d. h., es sollten sich alle „Kameraden“ treffen, die bei sächsischen Truppenteilen gebient haben. Der Tag war aussersehen zur Aufspießung der nationalitätlichen Instinkte. Das Häuflein der „Sachsen“ war sehr klein, aber dafür ließ Reichswehrminister Gehler zur Teilnahme am Umzug, Kirchgang und dem übrigen nationalitätlichen Klimbim eine Kompanie Reichswehr (Nr. 11) aus Leipzig erscheinen und natürlich die Wajit dieses Regiments auch. Der Staat bezahlt ja gern derartige Militärtransporte. Außer der Reichswehr beteiligte sich die Stahlhelm-Sippe aus der ganzen Gegend, natürlich trugen sie die verschiedensten Reichskriegsfahnen voran, die uns in Schande und Elend geführt hat. Die Schupo von Raumburg war auch entgekommen, sie hatte die Stahlhelme für Fahnenträger und Begleitmannschaften hergeliehen. Major Hoerning heißt der Herr, der lebenswürdig war, seinen Freunden vom Stahlhelm mit „Dienstfächchen“ Stahlhelmen aus dem Bestand der Schupo zu helfen.

Die Judenstatistik des Kriegsministeriums.

Die größte statistische Ungeheuerlichkeit.

Die von den Hakenkreuzern aufgestellte Propaganda-Behauptung, daß sich die deutschen Juden im Weltkrieg feige vom Kriegsdienst gedrückt hätten, fußt bekanntlich auf einer Statistik, die das Preussische Kriegsministerium im Oktober 1916 veranstaltete. Diese Statistik sollte zwar geheim sein, wurde aber später von einem gewissen Armin (Pseudonym) und in jüngerer Zeit von dem Generalmajor a. D. von Wrisberg aus dem Preussischen Kriegsministerium zu antisemitischen Propagandazwecken ausgeschlachtet. Nun hat in einer hier besprochenen Schrift Jakob Segall nachgewiesen, daß die absoluten Zahlen der Statistik falsch sind, daß die Zahl der zum Heeresdienst einberufenen und an der Front gewesenen Juden weit unter dem Tatsächlichen anliegt. Eine zweite vernichtende Abrechnung mit Herrn von Wrisberg unternimmt Professor Dr. Franz Oppenheimer in einer soeben erschienenen Broschüre „Die Judenstatistik des Preussischen Kriegsministeriums“ (Verlag für Kulturpolitik, München). Oppenheimer weist nach, daß ganz abgesehen von der verdächtigen Art der Erhebung der Ziffern des Kriegsministeriums, ihre Verarbeitung die größte statistische Ungeheuerlichkeit ist, deren sich jemals eine Behörde schuldig gemacht hat.“ So hat z. B. Herr von Wrisberg den Prozentsatz der eingezogenen usw. Juden künstlich verschlechtert, indem er als Beziehungszahl die Zahl der 1910 in Deutschland ortsanwesenden Juden (615 021) genommen hat, während er in Wirklichkeit doch nur die reichsangehörigen Juden, das sind etwa nur 550 000, hätte einsehen dürfen, da nur diese der deutschen Wehrpflicht unterlagen. Sodann hat es Herr von Wrisberg unterlassen, für seine Prozentzahlen der Juden in Front, Etappe und Heimat, Vergleichszahlen der übrigen Bevölkerung zu geben, so daß seine Behauptung über Höhe oder Niedrigkeit dieser Zahlen vollkommen in der Luft schweben. Ebenfalls beachtet Herr von Wrisberg die sehr verschiedene Militärtauglichkeit, die zwischen den verschiedenen Bezirken, zwischen Stadt- und Landbevölkerung besteht und bei den Juden als überwiegend großstädtische Bevölkerung nur einen Vergleich mit deren Leistungen zuläßt. Wrisberg unterläßt jede Prüfung, welcher Prozentsatz der (seit Jahrzehnten an Kinderzahl abnehmenden) jüdischen Bevölkerung im wehrfähigen Alter stand, er beachtet nicht die statistischen Einflüsse der Austritte aus dem Judentum usw. usw.

Schließlich aber gibt es eine Ziffer, an der die ganze Kriegsministerielle Statistik zusammenbricht: d. i. die Zahl von 12 000 im Weltkrieg gefallenen Juden. Wäre die Zahl der jüdischen Frontsoldaten wirklich so gering, wie die Kriegsministerielle Statistik behauptet, so müßte es — sagt Professor Oppenheimer —

Ich stelle mir vor, wie der Telegraph zu diesem Zwecke spielen muß, wieviel Leute nötig sind, um in Erfahrung zu bringen, zu übermitteln, aufzunehmen, Listen anzufertigen, zu redigieren. Ich stelle mir vor, welche festsichere Energie darauf verwendet wird, gewissenhaft zu sein, welcher Bekanntheit für das Eingeständnis, am vergangenen Tage im wesentlichen falsch getippt zu haben. Und alles wird aufgebracht, alles drangekehrt.

Man soll nicht klein von einer Sportzeitung denken. Sie, das offizielle Verbandsorgan der beruflich Entwurzelten, weiß, daß auch der Lurk harter Arbeit bedarf und ist uns anderen in der Erkenntnis über, daß die soziale Frage in dem Augenblick an Wichtigkeit verliert, in dem durch richtiges Nachzählen der Wepfel, die ein Gaul fallen läßt, seine Lotochance errechenbar wird.

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Handwerkskulturst wurde am Sonntag in Hannover gegründet. Vertreter waren u. a. das Reichsministerium des Innern durch Reichskunstwart Dr. Redstob, der den Vorsitz führte, ferner das Reichswirtschaftsministerium, das preussische Handelsministerium, das Landesdirektorium, der Magistrat von Hannover, der Deutsche Handwerks- und Gewerbeverband, der Deutsche Bund „Heimatschutz“, der Deutsche Werkbund, der Bund deutscher Architekten, der Deutsche Gewerkschaftsverband, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die Meisterämter von Leipzig und Frankfurt a. M. und zahlreiche Lehranstalten. Die Gründungsversammlung wurde zu einer ausdrucksvollen Kundgebung dafür, wie starke Kräfte hinter der Würdigung handwerklicher Erziehung in Deutschland stehen. Dr. Redstob lobte in dieser Versammlung die Vorgehensweise der Arbeitsgemeinschaft zu geben. Er legte dar, daß eine Bedrohung des Erbes eines handwerklichen und technischen Könnens durch die lange Unterbrechung der Kriegszeit und die Umstellung dieser Arbeitsbetriebe eingetreten ist. Auch zeige sich im Denken unserer Zeit eine vielfach nicht genügende Würdigung des Könnens. Es müsse aber anerkannt werden, daß das Können eines Volkes „Vermögenswert“, auch in wirtschaftlicher Beziehung, habe. Es lasse sich ein ganzer Komplex von Arbeit zusammenschaffen von dem Gesichtspunkt aus, daß hier das Können unseres Volkes erhalten und geschult werden sollte. Redstob betonte, daß es sich nicht um die Gründung eines neuen Verbandes handelte: vorhandene Verbände treten zusammen, was bei den Schwierigkeiten, die unsere Zeit kultureller Arbeit entgegensetzt, nicht ohne Bedeutung ist und manche Ersparnis, auch hinsichtlich der Rughbarmachung von Arbeit und Kenntnis mit sich bringt. Die Zustimmungserklärungen der vereinigten Vertreter bedeuten eine wertvolle Kundgebung. Besonders stark wirkte ein Brief, in dem Hans Thoma sich über die geplante Gründung äußerte, in dem es also hieß: „Es ist im deutschen Volke viel Begabung und Freude an künstlerischer, d. h. guter Handarbeit — diese Arbeit führt zum Frieden. Immer noch gibt es Arbeiter, die ihr Werk zur eigenen Freude gut und schön machen. Ich verspreche mir aus der Beachtung der aus dem Volk herauswachsenden Kunstfertigkeit, wie sie die Arbeitsgemeinschaft bestrebt, Erfolge für den Heilprozeß, dem unser zertrümmertes Vaterland entgegenzusehen hofft.“

zwei Rassen von Juden geben: eine von Feiglingen und eine von Helden sondergleichen. Denn dann hätten die jüdischen Frontsoldaten mit 36 Proz. Totenprozentual weit schwerere Verluste an Leben erlitten als die Frontsoldaten der nichtjüdischen Bevölkerung. Es bleibt den Hakenkreuzern also nur die Wahl zwischen dieser Annahme oder dem Zugeständnis, daß ihre Behauptung von der geringen Zahl der jüdischen Frontsoldaten falsch ist.

„Schlagt die Juden tot!“

Dieser Ruf gefährdet nicht den öffentlichen Frieden.

Im März dieses Jahres kam es, wie erinnerlich, nach einer Demonstration im Lustgarten zu deutschösterreich-antisemitischen Ausschreitungen im Berliner Westen. Es hatte sich ein Zuge gebildet, der unter Vorantragung einer schwarzweißroten Fahne nach dem Kurfürstendamm zog und alle Passanten, die für Juden gehalten wurden, in der gemeinsten Weise anpöbelte. So wurde z. B. eine Gruppe von Ausländern aus einem Balkanstaat, die man wegen ihrer schwarzen Haare als Juden ansah, in der schwersten Weise mißhandelt. Bei diesen Szenen tat sich ein gewisser Dr. Max Kryn hervor, der durch fortwährende Rufe: „Schlagt die Juden tot“, zu Gemühtaten aufreizte. Zwei jüdische Herren, die zufällig in den Demonstrationszug geraten waren, sahen sich ernstlich bedroht, und als der eine von ihnen an jenen Kryn herantrat, um ihn zur Rede zu stellen, wurde er in unschätzbare Weise beschimpft. Der Beleidigte veranlaßte durch einen Schutzmann die Feststellung der Person jenes Rädelsführers, gegen den dann beim Landgericht I eine Klage wegen Aufreizung und Beleidigung eingereicht wurde. Obwohl für beide Vergehen mehrere glaubhafte Zeugen namhaft gemacht wurden, verfügte der Oberstaatsanwalt von Clausewitz die Einstellung des Verfahrens. Er hält, wie es in der Motivierung dieser überraschenden Verfügung heißt, den Nachweis nicht für erbracht, daß die Äußerungen des Beschuldigten den öffentlichen Frieden gefährden konnten. Er meint also offenbar, daß bei der Mißhandlung von Juden der Ruf „Schlagt die Juden tot“ zur Befähigung diene. Wegen der Beleidigung verweist der Oberstaatsanwalt den Klagesteller auf den Weg der Privatklage.

Gegen den Einstellungsbeschluss ist von den Antragstellern Beschwerde eingelegt worden. Das Verhalten des Oberstaatsanwalts Clausewitz fordert die schärfste Kritik heraus. Dieser Herr glaubt wohl noch im alten Obrigkeitstaat zu leben, wo die Staatsanwälte instruiert waren, lediglich gegen links vorzugehen. Es wäre jedenfalls erwünscht, wenn der Herr Justizminister diesem Staatsanwalt den Standpunkt klar macht.

Vom Volksbegehren in Sachsen.

Dresden, 20. Juni. (All.) Für das Volksbegehren in Sachsen wurden weiter, abgegeben in der Amtshauptmannschaft Dresden-Stadt 8868, Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt 15 810, Amtshauptmannschaft Chemnitz 12 652, Zittau-Stadt 6710, Riesa 2712 und Klauen i. B. 20 900 Stimmen. (Siehe heutiges Morgenblatt.)

Wendung im Moskauer Prozeß.

Banderwilde, Lieblnecht und Rosenfeld befinden sich, wie wir der „Freiheit“ entnehmen, auf der Rückreise von Moskau. Die Angeklagten hatten ihre ausländischen Verteidiger auf ihren von uns bereits veröffentlichten Protest hin von der Verteidigung entbunden; damit war ihre Aufgabe in Moskau erledigt. Ueber den Prozeß selbst ist bis zur Stunde weiteres Material nicht eingetroffen. Die Veröffentlichungen haben auch wenig Wert, da sie unzusammenhängend und ganz einseitig in kommunistischem Sinne beeinflusst sind. Bei dieser Gelegenheit sei übrigens erwähnt, daß die „Intel“, ein Telegrammbüreau, das von einem früheren Kommunisten eine Zeitlang sehr geschickt und objektiv geleitet wurde, plötzlich von der Bildfläche verschwand, kurz vor Beginn des Moskauer Prozesses als rein kommunistisches Unternehmen wieder auftauchte.

Das Wahlergebnis in Irland. Nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen der irischen Wahlen sind 29 Vertragsanhänger und 20 Vertragsgegner gewählt worden.

Eine Ausstellung „Tapete, Vase und Blume“ findet im Stuttgarter Landesmuseum statt, um den Geschmack in der Verwendung von Blumen und Vasen zum Zimmerschmuck zu beleben. Wie in der „Kunstchronik“ berichtet wird, sind in einer Halle frische Blumen in besonders gewählten Vasen aufgestellt und zu den Tapeten abgestimmt. Auf der einen Seite erfolgt diese Abstimmung unter dem Gesichtspunkt der Harmonie, während auf der anderen Kontrastwirkungen erzielt werden. Alle paar Tage werden die Blumen nach Art und Farbe erneuert, und damit wechselt auch der zu ihnen passende dekorative Rahmen. — Eine solche Ausstellung, die zur Erziehung des Farbensinnes und seiner praktischen Betätigung viel beitragen könnte, wäre auch unserem Kunstgewebemuseum zu empfehlen. Aber der Leiter der Stuttgarter Sammlung ist Gustav Bazarrel, der durch die Schöpfung des „Museums abstrakter Beispiele“ und durch die populären Schriften „Geschmacksvorirrungen“ und „Guter und schlechter Geschmack“ sein Interesse an der Hebung der allgemeinen ästhetischen Kultur wiederholt betätigt hat, während unser Otto v. Falke ein sehr gelehrter Herr ist, aber gegenüber allen modernen Popularisierungsbestrebungen sich ablehnend verhält.

Die Verfeuerung von Kohlenstaub. Auf der großen in Essen stattfindenden Fachausstellung „Die Wärme“ werden zum ersten Male Staubkohlenfeuerungen im Betriebe vorgeführt werden. Die Verfeuerung der Kohle in Staubform nach erfolgter Mahlung bietet die Gewähr für eine höchstmögliche Ausnutzung, während bei der Verbrennung der verschiedenen Kerngrößen, besonders auf dem Planort, mit einem Verlust an unterbrannten Bestandteilen in der Asche und mit Schlacke zu rechnen ist, der von der Beanspruchung des Kessels abhängt. Auf verschiedenen Höhen werden in Stärke mehrere solcher Feuerungen in Betrieb kommen. Auch aschereiche, somit minderwertige Brennstoffe, von den Steinkohlenscheuen im Ruhrbezirk herrührend, sind im Probebetrieb mit Erfolg verbrannt worden. Braunkohlenschaub, der beim Verland von Breillets von der Erzeugungsstelle zum Hüttenwerk auf der Eisenbahn entfällt, wird mit gutem Erfolg mit Steinkohlenschaub verbrannt, während er vormals unbenutzt liegen blieb. Die Temperaturen, welche in solchen Feuerungen auftreten, betragen 1500 bis 1600 Grad Celsius, weil es hier möglich ist, den jeweiligen Luftbedarf gut zu regulieren. Somit verspricht diese Feuerungsart einen weiteren Fortschritt auf dem Wege zur Brennstoffersparnis.

Die Künstlervereinsung „Die Kaufmännische Zunft“ hat unter Leitung des Meisters Gwo eine Ausstellung bei Casiner, Viktorstr. 35.

Kaiserliche Ausstellung am 2. Juli mittags 12 Uhr in der Tribüne unversöhnliche Proleten.

Volksvereine in Strassburg. In das nächste Jahr fällt die 100. Wiederkehr von Voltaire Geburtstags. In Strassburg, wo Voltaire einige Jahre vor dem Tode von 1670/71 als Professor an der naturwissenschaftlichen Fakultät tätig war, soll dieses Ereignis zu einer großartigen Propaganda für die französische Wissenschaft ausgenutzt werden. Eben ist dem französischen Parlament ein Gesetzesentwurf eingebracht worden, nach welchem nicht weniger als 2 Millionen Franken dem Organisationskomitee der Volksvereine in Strassburg zur Verfügung gestellt werden sollen.

Flaggenfabotage.

Man schreibt uns: Am 17. d. M. sollten nach den Anordnungen der Reichsregierung und der Preussischen Staatsregierung in Berlin wie im ganzen Reich sämtliche öffentlichen Gebäude Halbmaße flaggen. Bei dieser Gelegenheit konnte man wieder einmal einige erbauliche Dinge beobachten. Das staatliche Opernhaus hat noch immer keine verfassungsgemäße preussische Fahne (einfach schwarzweiß), sondern hielte die alte preussische königliche Kriegsfahne mit dem großen Eisernen Kreuz. Eine merkwürdige Sparmaßnahme der Intendantur! Die staatlichen Museen in der Prinz-Albrecht-Straße hatten überhaupt nicht geslaggt; anscheinend besitzen auch sie noch nicht die seit Monaten vorgeschriebene neue Fahne. Die Universität besitzt zwei vorgeschriebene neue Fahnen. Die Universität besitzt zwei vorgeschriebene neue Fahnen. Die Universitätsverwaltung hat sich nicht getraut, die Herren deutsch-nationalen Bierstudenten durch das Hiszen der Reichsflagge zu „provokieren“ und sich deshalb mit dem Hiszen zweier preussischer Fahnen lieber über die Regierungsvorlesung hinweggesetzt. Sehr eigenartig wirkte das zum Reichswahrministerium gehörige Gebäude des ehemaligen Kriegsministeriums in der Leipziger Straße neben dem Abgeordnetenhause. Um nicht in die Verlegenheit zu geraten, die „Judenfahne“ aufzuziehen zu müssen, haben die Herren Militärs entgegen der Verfügung ihrer vorgesetzten Behörde überhaupt nicht geslaggt, und so standen denn alle vier Flaggenmasten dieses großen Gebäudes leer und verwaist da. Eigenartige republikanische Beamte scheinen auch in der Verwaltung des Potsdamer Bahnhofs zu sitzen, der ebenfalls die Reichsflagge hätte hiszen müssen, aber, aus Gründen, die vielleicht festzustellen wären, überhaupt keine Fahne aufgezogen hatte. Dafür aber prangte der Bahnhof Botanischer Gärten der doch ebenfalls zur Reichseisenbahn gehörigen Wanneseebahn im Schmucke einer prächtigen schwarzweißroten Fahne!

Man sieht also, daß selbst ein nationaler Trauertag wie der 17. Juni die Herrschaften von der Reaktion nicht zum politischen Anstand erziehen und sie nicht veranlassen kann, ihre Parteinteressen hinter ihrer Beamten- und Staatsbürgerpflicht zurückzustellen. An die zuständigen Reichs- und Staatsbehörden aber richten wir die formelle Anfrage, was sie mit den verantwortlichen Verwaltern der öffentlichen Gebäude zu tun gedenken, die sich glatt über die ministeriellen Anordnungen hinweggesetzt haben?

Betriebsräte im Aufsichtsrat.

Für die praktische Arbeit der Betriebsräte steht zurzeit ihr Einwirken in den Aufsichtsrat im Vordergrund aller Aufgaben. Die Vorbereitung dieses Schrittes hat lange genug auf sich warten lassen, bis sie in dem Gesetz über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat einen gewissen Abschluß fand. Damit ist für die Betriebsratsmitglieder wieder der Zwang entstanden, sich in ein neues ihnen gesetzlich gemehrtes Recht einzulassen. Erfreulicherweise hat die Verlagsgesellschaft des M.D.B. sehr rasch durch ihren Betriebsratssekretär, den Genossen Clemens Körpelt, eine kurzgefaßte Zusammenstellung der gesetzlichen Bestimmungen schaffen lassen. Das kleine inhaltreiche Heftchen von 31 Seiten erscheint jetzt in dritter Auflage. Wünschenswert wäre es, daß es jeder Betriebsrat, für den das Gesetz über die Entsendung in den Aufsichtsrat praktische Bedeutung hat, schon längst studiert hätte. Körpelt gibt zu jedem Paragraphen kurz und bündige Fußnoten, die fürs erste ausreichen und immer den Kern der Sache treffen.

Wir sind uns klar darüber, daß das Gesetz über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat dringend einer schnellen Ergänzung bedarf. Körpelt sagt in einer Fußnote zum § 1 in dieser Angelegenheit, daß für die bergrechtlichen Gewerkschaften nach einem vom Reichstage angenommenen Antrage die Reichsregierung eine Vorlage, für dieses Unternehmen Aufsichtsräte zu schaffen, zu unterbreiten habe. Vorläufig sind gesetzliche Aufsichtsräte für die bergrechtlichen Gewerkschaften noch nicht vorgeschrieben. Hier wird einer der wunden Punkte jenes Gesetzes berührt. Die Bergbaugewaltigen haben es verstanden, die bergrechtlichen Gewerkschaften, die eigentliche Nachkommene der Kohle-, Erz- und Kalkgewaltigen, vorläufig aus dem Gesetz über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat herauszulassen. Die bergrechtlichen Gewerkschaften sind in ihrem gesamten Aufbau, zumal man jetzt drauf und dran ist, die zulässige Zahl der Räte so wesentlich zu erhöhen, daß sie der normalen Industrieaktie gleichstehen, praktisch nichts anderes als Aktiengesellschaften. Auch der sogenannte Vorstand der Gewerkschaft ist in Wirklichkeit nichts anderes als ein Aufsichtsrat. Wenn diese Auffassung aber auch nicht richtig wäre, es bleibt dennoch unmöglich, daß die bergrechtlichen Gewerkschaften noch lange ohne die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in ihren Aufsichtsratsinstanzen bleiben. Hoffentlich spricht der jetzt in Leipzig tagende Gewerkschaftskongress, von dem auch die Betriebsratsfragen erörtert werden, in dieser Hinsicht ein deutliches Wort.

Neue Wahlkreise.

Im Reichsministerium des Innern findet, wie die B.Z. hören, heute eine Besprechung mit den Vertretern der Parteien über die Änderung der bisherigen Wahlkreise statt; die Regierung hat zu diesem Zweck einen Gesetzentwurf als Anhang zum Reichswahlgesetz ausgearbeitet, der demnächst den gesetzgebenden Körperschaften zugewiesen werden soll.

Verbesserung der Eisenbahnwirtschaft. Die Ersparnismaßnahmen innerhalb der Reichsbahnverwaltung schreiten vorwärts. So ist beispielsweise der Kohlenverbrauch der Reichsbahn, der im Jahre 1919 noch 22 Tonnen auf 1000 Lokomotivkilometer betrug, im abgelaufenen Jahr (1921) auf 17,1 Tonnen, also um über 18 Proz. gesunken. Die wirtschaftlichere Verwendung des Personals ist durch eine neue Arbeitsregelung sichergestellt, die auf Grund einer Vereinbarung mit dem Personal zustande gekommen ist.

Das Wiesbadener Abkommen nebst den ergänzenden und abändernden Vereinbarungen (Remelmanns- und Gillet-Abkommen) wurde gestern nach fünfständiger Beratung vom auswärtigen Ausschuss gegen die beiden Rechtsparteien angenommen. In der Debatte sprach noch u. a. Helfferich zum zweiten und drittenmal, wobei er für die Demokraten, Bader-Helfferich für die Volkspartei. Der Minister des Auswärtigen Dr. Rathenau hielt eine längere Rede, die für vertraulich erklärt wurde. Die Reparationsabkommen werden also vom Reichstag mit erdrückender Mehrheit angenommen werden. Die Volkspartei, die sich die endgültige Entscheidung vorbehielt, wird voraussichtlich nach bekannter Parteiregel auch im Plenum mit Nein stimmen, da die Annahme gesichert ist.

Rußlands Postschaffensgebäude. Die deutsche Regierung hat vor einiger Zeit beschloffen, das russische Postschaffensgebäude in Berlin, dessen juristischer Besitzer eigentlich die Jarenfamilie (?) ist, an die Sowjetregierung zu übergeben. Diese Übergabe selbst wird sich aber noch solange verzögern, bevor das deutsche Postschaffensgebäude in Petersburg von der Sowjetregierung nicht instand gesetzt und der deutschen Regierung übergeben worden ist.

Weinmeisterstraße.

Die Zeiten des öffentlichen „wilden“ Handels sind so gut wie vorüber. Aber welches Bild bietet heute die Weinmeisterstraße? Einige Anreißer haben sich bereits am frühen Vormittag postiert und suchen Kundenschaft. Der Laie, der diese Art Geschäftsführung noch nicht kennt und nur immer daran denkt, billig einzukaufen, folgt dem Mann. Die Reife geht jetzt zum Kleider- oder Schuhwarengeschäft. Sie liegen nicht öffentlich an der Straße, sondern sind in Winkelwohnungen untergebracht. Der Anreißer oder auch Schlepper wendet seine ganze Redekunst auf, um zu beweisen, daß der Anzug doch so vorzüglich sei, und der Herr gebe doch so eine prächtige Figur damit ab. Solche Schmelleien geben manchmal oft die nötige „Kauflust“ und das Geschäft ist abgeschlossen. Um zu wissen, wer billiger von beiden gefahren ist, braucht man nicht lange zu grübeln.

In einer Ecke blüht noch der wilde Handel. Der Vorhof der Pfandkammer in der Neuen Schönhauser Straße ist jetzt der Verkaufsort. Uhren und Stiefel, Ohrringe und Gummimäntel, Sportgürtel und andere Sachen werden von den Händlern angeboten. Privatpublikum ist hier spärlich vertreten und so wandert der Gegenstand gewöhnlich unter den Händlern umher. Ab und zu ertönt eine Stimme. Da daran mahnt, daß der Handel im Vorhof verboten sei. Für einige Minuten wird der Hof verlassen, um aber bald wieder gefüllt zu sein. Das Leben in der Pfandkammer spielt sich wesentlich anders ab. Die eigentliche Auktion beginnt gegen 10 Uhr. Händler aller Art finden sich rechtzeitig ein, um der Versteigerung beizuwohnen. Der Versteigerungssaal ist dicht gefüllt. Der Auktionator gibt den Gegenstand an und das „Bieten“ nimmt seinen Lauf. Auktionator: „Ein Tisch, echt Eiche, bitte um Angebot.“ — Händler: „Is ja Mahagoni und keine Eiche.“ — Auktionator: „Meinewegen Mahagoni, bitte um Angebot.“ Die Zahlen schwirren durcheinander und der Bietungsrausch klettert lustig in die Höhe. Berliner Humor, oft sehr drastischer Art, ist bei der ganzen Auktion eine Begleiterscheinung. Das Milieu, ins Croisiche verzerrt, setzt sich fort im „Café Dantes“. Der große Raum ist von „Jugendlichen“ besetzt.

Was sich hier ein Stillscheln gibt, sind recht zweifelhafte Elemente. Leute, die keine Lust zum Arbeiten haben, liegen mit den Köpfen auf dem Tisch oder verbringen die Zeit mit Karten „Kloppen“. Der Hausdiener geistert überall herum, um für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Ein altes Kellnerchen schwankt mit einem Teller Rudein vorüber. Der Empfänger stürzt darüber, denn er hat schon mehrere Tage keinen warmen Köffchen im Magen gehabt. Aber kloppt die „Sache“, die er vor hat, dann soll die ganze Gesellschaft, soweit sie zum Stamm gehört, einen Tag den Bruder Alkohol wieder kennen lernen. Was irgendwoher erlöst die Rundharmonika. Mädchen, kaum den Aberschuh ausgetan, singen leise mit, um beim Bestimmen der Musik den Blick wieder ins Beere zu verlieren. . . .

Die Häfen Berlins.

Zur Förderung des Schiffsverkehrs und der Hafenbenutzung in Berlin wird der Magistrat auf eine Anregung des Hafen- und Schiffsamtes die in Magdeburg vom 1. Juli bis 31. Oktober stattfindende Mitteldeutsche Ausstellung mit einer Darstellung der Berliner Hafenanlagen beschieden. Karten, Bilder, Statistiken usw. werden über die Hafenanlagen und ihre Benutzung unterrichtet, und von dem neuesten Hafenwert der Stadt Berlin, dem der Vollendung entgegenstehenden Westhafen, wird ein anschauliches Modell zu sehen sein. Aus Anlaß der Ausstellung ist vom Hafen- und Verkehrsamt und von der Tiefbauverwaltung eine Werbeschrift verfaßt worden, die einen Ueberblick über die gesamten Hafenanlagen der neuen Stadtgemeinde Berlin gibt. Sie behandelt die einzelnen Anlagen nach Größe und Leistungsfähigkeit, den Osthafen, den Westhafen, den Nordhafen, den Urbanhafen, den Hafen am Schöneberger Ufer, die Hafenanlagen in Reutkölln, Tempelhof, Spandau, Tegel. Alle diese Häfen zusammen haben einen Flächeninhalt von 109,7 Hektar (Wasser- und Landfläche), die Kailänge beträgt 12 Kilometer, an gedeckten Lagerräumen stehen 129 150 Quadratmeter zur Verfügung, dazu kommen noch 224 150 Quadratmeter Freiladefläche. Die Häfen haben 71 Krane und 4 Elevatoren, sowie Gleisanlagen von 29,31 Kilometer Länge.

Briefkastenmarder.

Verhaftung einer vierköpfigen Bande.

Die Briefkastenmarder sind die neuesten Spiegel der Berliner Verbrechermwelt. Eine solche vierköpfige Bande konnte jetzt von der Kriminalpolizei auf frischer Tat ertappt werden. Die Bande bestand aus dem Monteur Josef Fabry und seiner Frau, dem Schlosser Ewald Herbold und dem Schlosser Gustav Quadbe, die alle vier aus Düsseldorf nach Berlin gekommen waren.

Das Ehepaar Fabry und Quadbe wohnen hier zunächst in einem Hofpiz, bezogen dann aber ein Hotel, in dem sie für jedes Zimmer 220 M. pro Tag zahlten. Die Bande hatte se darauf abgesehen, planmäßig im Berliner Westen und an den Bahnhofen die Briefkästen zu plündern, um Schecks und andere Wertpapiere in die Hände zu bekommen. Die erste Beute bestand in einem Verrechnungsscheck über 12 000 M. Um ihn verwerten zu können, ügte Fabry mit einem chemischen Mittel den Vermerk „zur Verrechnung“ und erhielt auch den Betrag ausgezahlt. Die Beierungen der Briefkästen besorgte von jetzt an planmäßig Herbold, der für jeden Gang 30 M. erhielt. Fabry und Quadbe kauften ihm eine Postuniform mit Armbinde und Mütze, den erforderlichen Postfach und auch einen Schlüssel, den sie für ihre Zwecke zurechtstücken. Während Herbold leerte, fanden die anderen in der Nachbarschaft mit einem Koffer auf einem Hausur und ließen sich jedesmal die Beute aus dem Postfach umschütten. Im Hotel fortieren sie dann die Briefe, öffnen sie, nahmen den Inhalt heraus, fanden die für sie wertlosen wieder ab und vernichteten die Umschläge, die Wertpapiere enthalten hatten. Diese selbst machten sie noch Bedarf zu Geld. So konnte die Bande auf großem Fuße leben. Als durch Reklamationen diese Plünderungen ans Licht kamen, warnte die Kriminaldienststelle die Bewohner der ganzen Stadtviertel, die in Betracht kamen. Herbold und Fabry wurden durch die Aufmerksamkeit von Privatleuten in der Potsdamer Straße zuerst ergriffen. Fabry wurde vom Erkennungsdienst der Kriminalpolizei als ein schon lange gesuchter Scheckwindler aus Düsseldorf verhaftet. Seine Frau und Quadbe verschwanden aus dem Hotel, konnten aber in Düsseldorf ermittelt und ebenfalls festgenommen werden.

Der gesuchte Sittlichkeitsverbrecher.

Zum Aufmord in der Prenzlauer Straße wurde seinerzeit mitgeteilt, daß ein 29 Jahre alter Kraftwagenführer Emil Kost im Verdacht der Täterschaft siehe, Kost verschwand am 17. Februar d. J. nach einem an versuchten Mord grendenden Sittlichkeitsverbrechen an einem zehnjährigen Mädchen aus seiner Wohnung in der Sminemünder Str. 32 und hinterließ seiner Frau, daß er sich das Leben nehmen werde. Die Kriminalpolizei glaubte daran nicht, stellte auch fest, daß Kost noch wiederholt in Berlin gesehen worden war. Die Frau des Gesuchten gestand endlich, daß ihr Mann in Wildenberg bei Jechenic auf einer Ziegerei arbeite. Die Kommissare fuhrten mit ihren Beamten noch in der Nacht hinaus, ermittelten Kost und brachten ihn nach Berlin. Im Laufe des heutigen Tages wird er eingehend verhört werden. Ob Kost für den Aufmord in Betracht kommt, dürfte sich jetzt zeigen.

Der Mord in der Mulackstraße.

Beginn der Prozeßverhandlungen.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I begann heute der Prozeß wegen des an dem Händler Emil Ziegler in der Mulackstraße begangenen Mordes. Den Vorsitz in dem Prozeß, der gewisse Schlaglichter auf das Leben und Treiben der Verbrechermwelt in dem dunkelsten Berlin wirft und deshalb einen überaus starken Andrang des Publikums hervorgerufen hat, führt Landgerichtsdirektor Dr. Weigert. Angeklagt sind der Koch Ernst Kurck, der Bäcker Wilhelm Erbst, ferner ein Franz Karzinski und ein Otto Kamehki, denen die Rechtsanwältin Andersen, Schmöller, Dr. Pauly und Dr. Siegr. Eisenstadt als Verteidiger zur Seite stehen. — Am Morgen des 24. Dezember v. J. gegen 8 Uhr wurde der Händler Emil Ziegler in seinem Produktenteller in der Mulackstraße tot aufgefunden. Die Leiche lag mit einem Oberbett zugelegt in Hochstellung auf dem Fußboden. Beine und Arme waren mit diesem Bindtaden zusammengeschürzt. Die Mordkommission stellte fest, daß der Tod durch Erstickung infolge eines tief in den Hals hineingestohlenen Ankebels erfolgt war. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß Ziegler in seinem Keller inmitten des abenteuerlichsten Gerümpels hauste und zum Schein einen Handel mit Pumpen, Papier, Gläsern usw. betrieb, in Wirklichkeit aber als Hehler tätig war. Die Kriminalpolizei suchte deshalb die Täter in Verbrechertreihen und nahm als ersten Verdächtigen den Angeklagten Kamehki, der den Spitznamen „Boger-Otto“ führte, in Haft.

Vor Gericht schieden sich die Angeklagten gegenseitig die Hauptschuld zu, so daß vom Verteidiger zwecks weiterer Aufklärung ein Totaltermin in der Mulackstraße beantragt wird.

Zusammenschluß der ehemaligen Kriegsgefangenen.

Am letzten Sonntag fand im Hofbräuhaus, Leipziger Straße, eine Tagung der Berliner und Brandenburger ehemaligen Kriegsgefangenen statt, zu der von insgesamt 76 Ortsgruppen 56 Vertreter delegiert waren. Die Tagung diente dem Zusammenschluß der Arbeitsgemeinschaft Groß-Berlin und der Landesgruppe Brandenburg der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener. Großmann-Berlin referierte über die Notwendigkeit gerade im gegenwärtigen Augenblick. Er führte aus, daß das Problem der Kriegsgefangenen ein Spezialproblem in dem sozialen Elend des deutschen Volkes wäre. Es käme darauf an, auch aus der Gefangenschaft und dem Kriege die goldene Lehre zu ziehen, nämlich, daß Gewalt vernichtet. Nach eingehender Aussprache schritt man zur Gründung des Gaues, der Berlin und die ganze Provinz Brandenburg umfaßt und somit 45 000 ehemalige zu vertreten hat. Die vorläufige Geschäftsstelle ist bei F. Regé, Berlin SO., Gärlicher Straße 66.

Eine Güter-G. m. b. H.?

Die Verhandlungen wegen der Aenderung der Betriebsform auf den städtischen Gütern haben das Ergebnis gehabt, daß es zur Errichtung einer Gesellschaft G. m. b. H. nur noch der Zustimmung der Gemeindebehörden bedarf, um diese Gesellschaft zu gründen. Diese neue Gesellschaft beabsichtigt sämtliche 40 Stadtgüter zu übernehmen. Der Magistrat soll davon mit 60 und die Gesellschafter mit 40 Proz. beteiligt sein. Für die Berliner Bevölkerung ist von ganz besonderem Interesse, daß die beteiligten Landwirte sich verpflichtet wollen, dem Magistrat Berlin auf seinen Anruf gute Ernterückstellungen zu angemessenen Preisen bis zu 750 000 Zentner zur Verfügung zu stellen, und zwar frei Berlin, davon 150 000 Zentner Karloffeln von der Ernte auf den Stadtgütern und 600 000 Zentner alljährlich von der auf anderen Gütern. Den Gemeindebehörden wird eine Reioerimnahme von 30 Millionen Mark vorweg von der neuen G. m. b. H. garantiert. Diese zahlt ferner 5 Proz. jährlich zur Tilgung des Anleihekapitals. Der Rest des Ueberflusses aus dem Ertrage der Stadtgüter wird nach einem Schlüssel unter die Gesellschafter verteilt. Ferner gewährt die Gesellschaft bzw. die Gesellschafter der Stadt Berlin einen Kredit bis zur Höhe von 500 Millionen Mark zu einem angemessenen Zinsfuß. Ein Aufsichtsrat, bestehend aus zwei Dritteln vom Magistrat zu entsendenden Mitgliedern und ein Drittel von den Gesellschaftern zu wählenden Personen, und ein landwirtschaftlicher Beirat sind vorgesehen. Dieser wird aus Fachleuten bestehen. Die G. m. b. H. wird die 40 Güter auf 18 Jahre pachten. Der Magistrat hat sich einen maßgebenden Einfluß gesichert, denn auch im Landwirtschaftlichen Beirat sitzen Vertrauenspersonen des Magistrats und Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung im Aufsichtsrat.

Keine Wasserabsperungen mehr. Bis vor einiger Zeit erregten die wenn auch seltenen Fälle einiges Aufsehen, in denen die Verwaltung der städtischen Wasserwerke die Wasserzuführung für Miethäuser abspernte, weil der Hauseigentümer trotz wiederholter Mahnung nicht das Wassergeld gezahlt hatte. Da die Mieter die schuldlos Beibragenden waren und sich infolge des Wassermangels unheilbare gesundheitsschädliche Zustände entwickelten, mußte die Gesundheitspolizei einschreiten. Kam es zu gerichtlichen Klagen, so bestätigten die Berliner Gerichte, daß die Stadt berechtigt gewesen sei, das Wasser abzusperrn. Obwohl der Magistrat, wie erwähnt, schon selbst beschloffen hat, von Wasserabsperungen wegen Nichtzahlung abzusehen, hat der städtische Haushaltsausschuß doch noch mit 12 gegen 10 Stimmen beschloffen, an den Magistrat das Ersuchen zu richten, in Zukunft Wasserabsperungen unter keinen Umständen mehr vorzunehmen.

Das Krankenhaus Hahnelde, das vor 2 1/2 Jahren von der Stadt Reutkölln übernommen wurde, ist durch Beschluß des Bezirks Reutkölln zu einem offenen Krankenhaus umgewandelt worden und nimmt von jetzt ab Kranke selbständig und unmittelbar auf. Bestimmungen gemäß kommen für die Aufnahme nur Fälle von Tuberkulose aller Stadien ohne Unheilichkeit des Alters und des Geschlechts der Kranken, und zwar sowohl Fälle von Lungen- als auch Knochen- und Gelenktuberkulose in Frage. Die Aufnahmezeit ist aus Zweckmäßigkeitsgründen einstuweilen auf die Stunden von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags an den Werttagen begrenzt; an Sonn- und Feiertagen findet eine Aufnahme nicht statt. Eine Ausnahme bilden jedoch dringliche Fälle, wie z. B. Lungenbluten, für welche eine Aufnahmemöglichkeit auch außerhalb der üblichen Aufnahmezeit gegeben ist.

„Siedlung und Kleingarten“, unsere illustrierte Beilage, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zunächst vielfach heiter bei mäßigem südlichen Winden, nachher wieder zunehmende Bewölkung und etwas Gewitterneigung.

Die Bergungsarbeiten auf dem „Avaro“.

Die Bergungsarbeiten auf dem Hamburger Hafen geleiteter brasilianischer Dampfer „Avaro“ schreiten rüstig fort. Das ganze Oberdeck bis zum Steuerbord konnte freigelegt werden. Man drang ins Innere des Schiffes bis zur Kapitänskajüte vor und fand dort die Leiche eines brasilianischen Stewards vor. Mit ihm sind also bis jetzt insgesamt 4 Leichen geborgen. Die Zahl der Vermissten beträgt nunmehr noch 38. Der Vulkanwerk ist der Generalauftrag zur Bergung des Schiffes erteilt worden. Die Befürchtung, daß durch das Unglück des Dampfers die Ausfahrt des deutschen Dampfers „Kap Polonia“ behindert würde, hat sich nicht eingestellt. „Kap Polonia“ wird am Dienstag den Hamburger Hafen verlassen.

Groß-Berliner Parteinarichten.

17. April, Bismarckweg. Das Volks- und Jugendfest findet am Sonntag, 23. Juni, statt. Die für den 18. Juni veranschlagten Karten behalten ihre Gültigkeit. Weitere Bekanntmachungen folgen.

11. Deutscher Gewerkschaftskongress.

SPD. Leipzig, 20. Juni. (Eig. Drahtbericht.)
Zweiter Verhandlungstag.

Die Sitzung wird mit einer Begrüßungsansprache des Vertreters der französischen Gewerkschaften Jouhaux eröffnet. In temperamentvoller Rede sagte er unter anderem: Es sei ihm eine besondere Freude, zum erstenmal nach dem Kriege mit dem Teil des internationalen Proletariats in Fühlung zu kommen, der seit jeder die sicherste Stütze der Demokratie war. Dies sei die Bestätigung des Versprechens, das sich die Vertreter der französischen und deutschen Arbeiter in den letzten beiden Jahren in kleinen Konferenzen gaben. Dieser Kongress sei ein feierlicher Augenblick. Militaristen und Imperialisten dürften niemals wieder Gelegenheit bekommen, einen Krieg zu entfesseln. Die Arbeiterschaft der Welt habe nicht nur das Recht auf Leben, sondern auch das Recht, der heutigen Gesellschaft ihren Willen aufzuzwingen. Gegen Krieg und Militarismus stehe heute nur das Proletariat. Der Zusammenschluß der deutschen und französischen Arbeiter sei die notwendige Voraussetzung für einen dauernden Frieden. Mit einem Hoch auf die sozialistische Internationale schloß Jouhaux seine mit stürmischem Beifall ausgenommene Rede.

Vorsitzender Reichelt unterstrich die Ausführungen mit der Erklärung, das deutsche Proletariat sei entschlossen, alles zu tun, um den festen Zusammenschluß der Arbeiter auf beiden Seiten des Reiches zu erreichen und damit den Weltfrieden zu sichern. Der Kongress tritt dann in die

Debatte über den Geschäftsbericht

ein. Als erster Redner erhält Walcher (Metallarbeiter) als Vertreter der Kommunisten das Wort. Er beschäftigt sich zunächst mit der ungeheuren Teuerung, geht dann auf das Erstarken der Reaktion ein und bezeichnet es als die Pflicht der Gewerkschaften, den Kampf gegen sie aufzunehmen und neue Gefahren für das Proletariat abzuwehren. Scharf kritisiert er die „Betriebsräte-Zeitung“ und die Haltung des Bundesvorstandes gegenüber dem Volkstum, zu dessen Durchführung er nichts getan hat. Die Erfüllungspolitik, namentlich die Haltung verschiedener Sozialdemokraten zu dem Achtstundentag bringe diesen in große Gefahr. Im Zusammenhang mit der Erfüllungspolitik stehe die Steuerpolitik des Bundesvorstandes, die nicht dazu angeht, zu verhindern, daß die großen Lasten auf die Arbeiterschaft abgewälzt werden. Auch auf internationalem Gebiet habe der Bundesvorstand verlagert. Der Beschluß der Internationale, den Generalstreik zu proklamieren, sei nicht das Papier wert, das hierbei bedruckt wurde. Mit der Forderung, mit den Arbeitgebervereinigungen und der Koalitionspolitik Schluß zu machen, beendet der Redner seine Ausführungen.

Dihmann (Metallarbeiter) erhält für die Unabhängigen das Wort und sagt: Wenn wir zurückblicken auf den Weg, den wir

seit Nürnberg zurückgelegt haben, dann sehen wir, daß die Arbeiterschaft und die Koalitionspolitik uns nicht vorwärts gebracht haben. Unzertrennbar verbunden mit den Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik sind die Fragen der großen Politik. Der Eisenbahnerstreik hat gezeigt, daß das Koalitionsrecht der Arbeiterschaft nicht gesichert ist. In dieser Frage müssen wir auch jenen Reichs- und Staatsbeamten auf die Finger zeigen, die aus unseren Reihen kamen. Die Auftritte der Spitzenorganisationen im Eisenbahnerstreik haben den Gegnern des Koalitionsrechts in die Hände gearbeitet. Das

Koalitionsrecht darf aber nicht angefochten werden.

Eine Aufhebung des Streikrechts für die Beamten wird auch von der Arbeiterschaft mit allen Mitteln abgewehrt werden. Die Klassenjustiz ist heute noch genau so schlimm wie in der alten Zeit, das zeigen auch besonders die Streikpostenverbote. Die soziale Rechtsprechung steht vollends im Dienste des Kapitals. Die Schlichtungsausschüsse pfeifen auf die Anordnungen des Reichsarbeitsministeriums. Das Betriebsrätegesetz hat den Arbeitern nur Scheinrechte gegeben. Der Entwurf der Schlichtungsordnung ist für uns unannehmbar, besonders im Hinblick auf den Justizparagrafen 55. Der Redner wendet sich dann gegen die Technische Räte, die von der Regierung unterstützt werden, während man darüber streitet, ob man der Sozialisierungskommission noch mehr Mittel bewilligen soll. Wer mit den Grubenbaronen Arbeiterschaften bildet, wer mit Sinnes zusammenarbeitet, der wird nie die Sozialisierung erreichen. Nur auf dem Wege des Klassenkampfes und nicht in friedlicher Vereinbarung ist die Sozialisierung zu erreichen. Wenn Sinnes seinen letzten Dampfer „Carl Legien“ nennt und aus diesem Anlaß Sobreden auf die Arbeiterschaften hält, dann tut er das, weil er seine Freude an dieser Einrichtung hat. Die 10 Punkte des DGB waren der Ausdruck des Willens der Arbeiterschaft. Der DGB sagt: Die Forderungen konnten nicht alle durchgeführt werden. Aber zwischen dem Alles und dem Nichts gibt es einen breiten Weg der Mitte, auf dem sich manches erreichen läßt. Wenn wir alle unsere Kraft einlegen, dann werden wir das Geforderte erreichen und die Schlichtungsordnung wird nie Gesetz werden. Dann wendet sich Dihmann dem Problem der Einigung zu und sagt: Voraussetzung für die Einigung sei, daß die verschiedenen Richtungen sich geistig näher kommen. Solange die einen Koalitionspolitik treiben und die anderen von Moskau Befehle erhalten, solange sei die Einigung nicht möglich. Mit einem Gefändnis zur Einigung des Proletariats und mit der Aufforderung an die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien, alle Kräfte für dieses Ziel einzusetzen, schloß Dihmann unter lebhaftem Beifall seine Ausführungen.

Als Vertreter der SPD-Delegierten sprach Beeg vom Fabrikarbeiterverband.

Dulchismus oder Gewerkschaftskampf?

Zum Schiedspruch im Bankgewerbe.

Wir haben die rühmliche Heiarbeit der „Roten Fahne“ in der Angelegenheit des Schiedspruchs im Bankgewerbe hier festgenagelt. Das Wostauer Blatt rüffelte sogar die der KPD. angehörenden Vorstandsmitglieder des Allgemeinen Verbandes der Bankangestellten, weil diese in richtiger Würdigung der Sachlage sich nicht dazu verließen konnten, die nach dem aufgetauchten Organisation, mit der die Bankgewaltigen heute rechnen müssen, durch eine Dulchaktion kaputt zu machen. Die angegriffenen Vorstandsmitglieder, offenbar Idealisten, die sich in die KPD verirrt hatten, wehrten sich gegen die ungeschicklichen Angriffe. Selbstverständlich haben die „Rote Fahne“ die Erwiderung nicht auf. Daselbe Blatt, das sich gewohnheitsmäßig die gemeinsten Beschimpfungen aller erprobter Gewerkschaftsführer leistet, wurde plötzlich von mimosenhafter Empfindsamkeit, weil sich die von ihnen Angegriffenen wehrten. Diese wandten sich nun an uns mit der Bitte, ihre Antwort an die „Rote Fahne“ zu veröffentlichen. Wir haben alle Ursache, den Gewerkschaftsmitgliedern, die Opfer bringen und nicht bloß verantwortungsvolle Hehereien veranstalten, das Recht zu suchen, die Tatsachen, wie sie sind, ins rechte Licht zu rücken. Wir geben nunmehr dem Vorstandsmitglied des Allgemeinen Verbandes der Bankangestellten Karl Emonts das Wort.

Zu dem Thema Schiedspruch im Bankgewerbe ist in der letzten Zeit verschiedentlich ein anonymes Schreiben in der „Roten Fahne“ zum Vorschein gekommen. Ich darf daher wohl hoffen, auch ohne Auftrag aber im Namen der von ihm angegriffenen „unfähigen Elemente“ in der Leitung des Allgemeinen Verbandes“ mich ebenfalls an dieser Stelle mit ihm und der Sachlage kurz auseinandersetzen zu dürfen.

Vorweg einige persönliche Bemerkungen. In dem letzten Artikel bezeichnete mich die „Rote Fahne“ als „ein formell der Partei angehörendes Mitglied“. Dankend quittiere ich das schmädelnde Beiwort. Es kann eben nicht jeder ein so rechtschläubiger Kommunist sein, daß er von einem Diner beim König von Stalien seine rote Weste sauber und unbeschadet nach Hause bringt. — Ich sehe vollkommen ein, daß mir diese „Sozialstärke“, dieses Maß von Unfehlbarkeit abgeht. Wenn der Artikelschreiber auch nur eine Spur von Ehrlichkeit besäße, würde er wissen, daß und welche Aufklärungs- und Propagandarbeit unter den Bankangestellten vom Allgemeinen Verbande in jeder Phase der Tarifentwicklung im Bankgewerbe geleistet worden ist. Daß diese Arbeit von unserer Organisation allein unter den Angestellten nicht mit, sondern ständig gegen eine ziffernmäßig bedeutendere, von Unternehmerseite wohlwollend geförderte Harmonie-Organisation geleistet werden muß, ist ihm trotz seiner Unerschrockenheit in diesen Dingen hoffentlich auch nicht ganz unbekannt geblieben.

Die kommunistischen Bankangestellten dagegen haben die Pflicht, die noch unentschlossene Mitgliedschaft aufzurichten und alles zu tun, damit der in Aussicht stehende Kampf geschlossen und einig geführt wird.“ So steht wörtlich zu lesen, nachdem der gleiche Skribent 30 Zeilen vorher die von der Verbandleitung gewählte und für jeden Kommunisten eigentlich selbstverständliche Form der Abstimmung: „für Annahme des Schiedspruchs“ oder „für Streik“ als eine „plöbliche Alternative“, als eine „Ueberrumpelung“ und

eine „Düpiierung der Mitglieder“ bezeichnet hat. Ueberrumpelung, wohlgemerkt, nachdem seit Beginn der neuen Tarifbewegung im Verbandsorgan, in Informationsen, in Flugblättern, in Versammlungen, in Demonstrationen auf die Unhaltbarkeit des gehaltigen Teiles hingewiesen worden ist! Düpiierung, nachdem der Juni-Schiedspruch selbst gegen die Stimmen der christlich-nationalen Bessiger des Deutschen Bankbeamtenvereins durch die Unparteilichkeit allein mit Hilfe der Arbeitgeber gefällt werden konnte! — Was dieser Schmierant in der „Roten Fahne“ hier öffentlich proklamiert hat, wiederholen papageienmäßig bereits seit 8 Tagen seine Fraktionsgenossen und -genossinnen in den Betrieben. Am Schlusse wird diese neue Gewerkschafts„methode“ dann dahin gekennzeichnet, daß die kommunistischen Bankangestellten alles tun, „einig und geschlossen“ den Kampf aufzunehmen, daß sie alles tun, daß dieser mit einem Siege der Angestelltenchaft abschließt.

Demgegenüber sage ich als „formelles Parteimitglied der KPD“, wenn ich Bankdirektor wäre, würde ich diesen Leuten für die so von ihnen zu Ruh und Frommon der Arbeitgeber geleistete Arbeit Treuprämien zur Auszahlung bringen. Im übrigen paßt die hier zum Ausdruck gebrachte Auffassung ausgezeichnet zu dem übrigen gewerkschaftlichen Niveau, auf dem sich die Arbeit des Artikelschreibers bewegt. Die Masse der Mitglieder soll sich nach seiner Ansicht darauf beschränken dürfen, eine vertikale oder horizontale Kopfbewegung zu dem Schiedspruch machen zu können, später kann man dann die „unfähige Leitung im Allgemeinen Verband“ dafür verantwortlich machen, daß der unermessliche Kampf nicht früh genug ausgezeit, nicht genügend in den Köpfen vorbereitet und deshalb von der Masse nicht mit der genügenden Begeisterung aufgenommen wurde. Wegen all diese Demagogie, diese Fälschertricks erkläre ich: Das ist in meinen Augen noch kein Kommunist, der „in schärfster Opposition zu uns“ versteht“, in meinen Augen wird der Oppositionsmacher zum ganz gewöhnlichen Stänkerer, wenn er nicht in der Lage ist, sich ein nützliches Urteil über das Kräfteverhältnis zwischen Führer und Masse zu bilden.

Die Situation im Bankgewerbe ist überreif für den Kampf der Angestellten im ganzen Reich, was nicht reißt, das ist die Ideologie der Masse, die diesen Kampf zu führen hat. Solange aber hier ein Gegenstand flafft und solange die Masse der nicht freigewerkschaftlich orientierten Bankangestellten, und das ist einweilen die Mehrheit, in den Kampf hineingestochen werden mußte, lehne ich in voller Uebereinstimmung mit der Leitung des Allgemeinen Verbandes es ab, in leichfertigen Parolen zu machen und nachher die aufrechten und konsequenten Gewerkschaftler die Zehre für die Feigheit anderer bezahlen zu lassen. — Solange ich als verantwortlicher Geschäftsführer im Allgemeinen Verbande tätig sein werde, wird die Politik dieser Organisation nicht von einer Handvoll Schreier und revolutionshysterischer Jungfrauen, sondern von denen bestimmt, die den Kampf auf der Straße vor den Betrieben zu führen haben. An dieser Auffassung der Dinge wird mich kein Anathema der Partei hindern. Wir ist die gewerkschaftliche Bewegung zu schade, sie zum Tumultplaz der Butscheri werden zu lassen, nachdem diese glücklich und hoffentlich endgültig in der Partei abgewirksam hat. — Wenn man mit diesen Auffassungen sich nicht mehr Kommunist nennen darf, vergichte ich auf die Ehre und das manchmal recht zweifelhafte Vergnügen.

Karl Emonts.

Zentrale Lohnverhandlungen im Bergbau.

Aus dem Reichsarbeitsministerium wird uns geschrieben: Im Anschluß an die Lohnverhandlungen für den Ruhrbergbau haben am vergangenen Sonnabend die Lohnverhandlungen für die übrigen Steinkohlen- und die Braunkohlenreviere im Reichsarbeitsministerium stattgefunden. In der Mehrzahl der Fälle verständigten sich die Parteien untereinander. Wo eine Verständigung nicht möglich war, wurden die Lohnforderungen besonderen Schlichtungsausschüssen unterbreitet, die Schiedsprüche fällten, über deren Annahme sich die Parteien bis zum 20. Juni zu erklären haben. Die Regelung lehnt sich für die Steinkohlenreviere an die für das Ruhrgebiet vorgezeichnete an; für die Braunkohlenreviere war eine Sonderregelung erforderlich.

Abchluß der städtischen Tarifverträge.

Zu der von uns im gestrigen Abendblatt veröffentlichten Zeitschrift des „Städtischen Nachrichtenendienstes“ bringt die B.S.-Korrespondenz eine sensationell zugespitzte Nachricht, wonach einzelne Werke nicht bis nächste Woche, bis zur Rückkehr der nach Leipzig als Kongreßdelegierte entsandten Stadtverordneten warten, sondern vorher loschlagen wollen. Diese nur zu durchsichtige Heiarbeit, deren Auftraggeber möglicherweise nicht weniger als Arbeiter sind, ist aus der Luft gegriffen. Sie ist um so mehr zu verurteilen, als ausdrücklich festgestellt ist, daß durch die Verzögerung eine Schädigung der Interessenten in keiner Weise eintreten soll.

Laufende Hirsche.

Am Freitag fand im Nordischen Hof, Innalidenstraße, eine von dem Hirsch-Dunderschen Gewerksverein einberufene öffentliche Versammlung statt. Natürlich waren nur die wenigsten der Erschienenen Hirsche, während die Wehrzahl Mitglieder des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren waren. Begleiter forderten begreiflicherweise, weil sie der Objektivität der Hirsche wenig Vertrauen zollten, einen Sitz in der Leitung der Versammlung. Obwohl später auf Vorschlag Hejsholds darauf verzichtet wurde und nachdem die Hirsche einem Redner von uns sofort nach dem Referenten unbegrenzte Redezeit zugesichert hatten, zeigte sich bald, daß das Mißtrauen gegen die Herren sehr am Platze war.

Der Zentralvorsitzende des Hirsch-Dunderschen Verbändchens, der bis zum Brande bei Sarotti als Meister tätige Doppelgeleitensbesitzer und Konfitürenhändler Scheffler, sollte ein Referat über „Die wirtschaftliche Lage des Gewerbes“ halten. Da er dieses Thema entweder gar nicht beherrscht und durch die Anwesenheit der zahlreichen Verbandsmitglieder vollständig aus dem Konzept geraten war, hielt er nichts anderes als eine käsiglich dürftige, polemische Rede gegen den freien Verband. Als er geendet hatte, wollte der Vorsitzende einem zweiten Hirsch-Dunderschen das Wort geben, darob folgte eine Erregung der Versammlung, die wiederum durch Vermittlung Hejsholds beigelegt wurde. Begleiter erhielt nun das Wort und rechnete mit den Hirschen gründlich ab. Er hielt ihnen ihre Zersplitterungsstiftung vor, kennzeichnete scharf den Verrat der Hirsche bei allen Lohnbewegungen, ihre doppelzünge und hinterhältige Betrugsgenossenschaft während der durch die Unternehmer ihnen gewährten Beteiligung am Tarif, sowie auch ihre Streikbrecherstätigkeit beim letztangebrochenen Streik.

Die Diskussion bewegte sich nach beiden Seiten im gleichen Kreise, die Gesichter der Hirsch-Dunderschen Schädeln wurden immer länger und plötzlich fingen sie an, sich langsam davonzuschleichen. Im Zeitraum von einer halben Stunde waren die paar Duzend Hirsche auf wenige „hohe“ Säulen zusammengeschrumpft. Auf Befehl des Referenten Scheffler schloß der Vorsitzende nach dem Schlußwort schnell die Versammlung, um sich dadurch aus der unangenehmen Situation zu retten und um sich um die Abstimmung der Resolution zu drücken. Hejshold eröffnete sofort wieder die Versammlung, kennzeichnete die Feigheit der Einberufer und brachte eine Resolution zur Abstimmung, die gegen zwei Stimmen angenommen wurde. Diefelbe lautete in ihren entscheidenden Sätzen:

Als einzige wahre Vertretung der Bäcker und Konditoren, der das Recht zusteht, im Namen der Berliner Kollegen Verträge mit Arbeitgebern abzuschließen, ist ausschließlich der Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands anzusehen. Alle anderen Zersplitterungsorganisationen, darunter der Gewerksverein H.-D., haben weder die Macht noch den Willen, für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kollegenschaft einzutreten.

Mit einem draufenden Hoch auf den Zentralverband endete die „große“ Aktion der Hirsche.

„Einheitsfront“, die sie meinen.

Von Mitgliedern des Zweigvereins Berlin des Deutschen Laborarbeiterverbandes werden uns merkwürdige Praktiken der kommunistischen Ortsverwaltung dieser Organisation mitgeteilt. Bei der Wahl der Delegierten zum Verbandstag wurde irgendeine Kontrolle über die Zugehörigkeit zur Organisation überhaupt nicht ausgeübt. Die Kandidaten wurden in der Versammlung nach ihrer Parteizugehörigkeit gefragt, um festzustellen, ob es sich auch um Mitglieder der KPD handelt. In dem Lokal konnte hinein wer wollte. Die Abstimmung bei der Wahl der Delegierten erfolgte durch Handaufheben und nicht etwa durch Stimmzettel. Ein altes Mitglied, das dem Referenten des Abends (der übrigens gleichfalls kein Verbandsmitglied war) entgegentrat, wurde bei der Worterteilung als Mitglied der SPD. bezeichnet usw.

Wozu wir folgendes bemerken: Dieses ebenso statutenwidrige wie allen Gepflogenheiten zuwiderlaufende Verhalten der kommunistischen Ortsverwaltung ist bezeichnend für die Hinterhältigkeit der Moskowiter, wenn sie, solange sie in der Minderheit sind, nach der Einheitsfront schreien. Im übrigen: Warum lassen sich die Mitglieder eine derartige beschämende Behandlung gefallen?

Zentralverband der Schuhmacher. Donnerstag, abends 8 Uhr, findet eine wichtige Vertrauensmännerversammlung der Fabrik- und Schuhbetriebe in den „Berliner Kongresshallen“, Kommanbantenstr. 36/37, statt. Jeder Betrieb muß vertreten sein.

Veraniam für den rebott. Karl Franz Kläbe, Berlin-Büchelerde; für Anzeigen: Th. Glöde, Berlin; Verlag Hermann-Brosch Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermann-Brosch-Verlag u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin; Binderei: S.

Strickjacken
für Damen und Kinder — stets neueste Muster, nur Qualitätsware.
Billigste Bezugsquelle.
Bruno Richter, Berlin-Pankow, Menzelstraße 36/1, Fabrik-Niederlag. Thür. Weltwaren.

Zeitungsblätter
gebündelt, 1.25.50
Saus- Wein- Lumpen flechten
Sohle Preise
Neubildung
Koch, Neukölln
Bergstr. 53, l. u. f.

Brillanten
Platin-, Gold-, Silber-
Sachen, Uhren und Ketten
kauft zu höchsten Auslandskursen
Eig. Werkstatte, Ankl. m. Rückkaufrecht.
Juwelier & Podwin
Alte Schönhauser Str. 25
an der Münzstraße.

Stoff-
Reste-
Haus
A. M. Steinhardt
18 Collauer Damm 18
Sommer-Modell!
Schöne Reste in
Frotte, Vellu, Ga-
bardin, Tuch etc.
Reste für Herren-
Anzüge, Schlüpfer
1a Qualitäten,
Staubend billig!

Metall-Bettstellen
Fürst, Neukölln,
Hermannstr. 38
Kinderwagen
Bettfedern
Korbmöbel
Fabr. f. Tubebett, Aufhängematratz u. Feldbettstellen.
Fabrikpreise. Lieferung in Neukölln
und anliegende Gegenden frei Haus.

Gold Silber
Platin
Zahnebissee
Erich Fuhrmann
Gatzkowskystr. 13

Gold- u. Silber-
Brillanten etc.
zahlr. die höchsten Tagespreise
Juwelen-Einkaufs-
Gesellschaft
Hopenfeld & Co.
Berlin
Antwerpen
Beuthstraße 12
(Spittelmarkt)

Maßkorsetts
und Regatten
Fr. L. Baugartz
Neukölln, Köpenickerstr. 31
Fabrikpreise: Beuthstr. 23/24

Gold-, Silber-, Platin-
Gegenstände und Bruch
Brillanten Zahnebissee
Die höchsten Preise zahlen stets
Gehr. Fuhrmann, Nollendorfstr. 39
1 Mi. u. Köpenickerstr.

Fahrräder!
Koch, Neukölln
Bergstr. 53, l. u. f.

Leder
Croupions
in jeder Stärke
Berthold Kuttner
Berlin SO 26
Reichenberger Straße 14
1 bis 3 Uhr geschlossen.

Metall
Kupfer, Messing
Blei, Zink etc.

Quecksilber
kauft höchstzählend
Heinrich Trapp, Beuthstr. 10
(Laden nahe Spittelmarkt)

Restehändig.
Haarpuder
Goitzstr. 2
Korsetz- u. Damenstoffe,
Seiden, Samt,
stielliche Füllmaterialien
bedeutend unter Preis

Wo laß ich meinen Anzug machen?
Wer garantiert für guten Sitz u. Verarbeitung?
Max Motel, Schneidermstr.
Neukölln, Ringbahnstr. 83, Tel. 909.
Bekannt für höchste Standards
Biele Anfertigungen u. Dienstleistungen

Gardinen
Sonderangebote u.
Gelegenheits-Käufe
in Resten
Stores, Rostdecken
Matten- und
Küchenartikeln.
Spezial-Gewinnwirtschaft
Neukölln, Burgstr. 67
am Ringbahnhof.

Waltharius Nienfong - Essenz
extrakt.
(Destillat) 1/2 Fl. M 75, bel 2/1 Fl. M 135/140.
Inkl. Zu haben in Apoth. u. Droger. Herk. u.
Hermann B. Walther, Halle a. S., Trotha 14

Bettwäsche
zu Fabrikpreisen!
Danz.-Gamb.-Gamb.-
Koch, Neukölln
Bergstr. 53, l. u. f.

Metall
Kupfer, Messing
Blei, Zink etc.

Metall
Kupfer, Messing
Blei, Zink etc.

Metallbetten
Stahlmatt. Kinderbetten für an Priv.
Kat. 30A frei. Eisenmöbel- u. Subl. Thür.

Restehändig.
Haarpuder
Goitzstr. 2
Korsetz- u. Damenstoffe,
Seiden, Samt,
stielliche Füllmaterialien
bedeutend unter Preis

Wo laß ich meinen Anzug machen?
Wer garantiert für guten Sitz u. Verarbeitung?
Max Motel, Schneidermstr.
Neukölln, Ringbahnstr. 83, Tel. 909.
Bekannt für höchste Standards
Biele Anfertigungen u. Dienstleistungen

Gardinen
Sonderangebote u.
Gelegenheits-Käufe
in Resten
Stores, Rostdecken
Matten- und
Küchenartikeln.
Spezial-Gewinnwirtschaft
Neukölln, Burgstr. 67
am Ringbahnhof.